

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Neueste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierfachjährlich 20 M., ohne Zusage. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Herausgeber: Amtes Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverband-Girokontor Nr. 2. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die schriftgekennzeichneten Beiträge 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingekündigte Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 40

Donnerstag den 17. Februar 1921

87. Jahrgang

Butter-Sperrwoche.

Auf Anordnung der Landesstelle ist die in dieser Woche in allen Übertragungsvereinbarungen vorhandene Butter zu Gunsten der Großstadt- und Industriebevölkerung abzuliefern.

Als Ertrag für Butter wird den Gemeinden Schmalz nur auf besonderem Antrag zugewiesen, da diese zurzeit überall erhältlich sind.

Der Kommunalverband Dippoldiswalde, am 15. Februar 1921.

Verteilung von ausl. Kochmehl.

An die Bezugsberechtigten des Bezirks wird demnächst 1/2 Pfund ausl. Kochmehl

zum Preis von 2 M. 57 Pf. auf den Kopf ausgegeben.

Die Ausgabe erfolgt auf Abdruck W 6 der rosen, W 6 der grünen und U 6 der orangefarbenen Nährmittelfarbe. Bezugsberechtigte ohne Nährmittelfarbe wie bisher auf Bezeichnung.

Beratungssatz bestimmen die Ortsbehörden.

Nr. 64 b/21 Br. Der Kommunalverband Dippoldiswalde, am 14. 2. 21.

Hertisches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Tagessordnung zur 5. Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde Freitag den 18. Februar 1921, abends 8 Uhr. a) Oeffentliche Sitzung: Haushaltplan für die Armen- und Krankenkasse für 1920/21. — Vorlage, Beschaffung von Wäldeln usw. für die Geschäftsräume des Rathauses. — Bewilligung von Kosten für Unterrichtsmittel bei der Bürgerchule. — Übergabe eines Turnplatzes an den Turnverein "Frisch auf" und Vergabe einer Turnplätzen auf der Rue. — Mädchenfortbildungsschule. — Neuauflage der Mietpreise für städtische Mietwohnungen und Dienstwohnungen von Beamten. — — b) Nichtöffentliche Sitzung: —

Der Naturheilverein Dippoldiswalde u. u., der in diesem Jahre auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken kann, hielt am vergangenen Sonntag seine Hauptversammlung ab. Dieselbe war gut besucht und wurde eröffnet durch denstellvertretenden Vorsitzenden Herrn Otto Ell. Der Jahresbericht ließ erkennen, daß der Verein unter Leitung seines langjährigen Vorsitzenden R. Strohberger immer bestrebt ist, seinen Mitgliedern etwas Mögliches zu bieten durch Wohnungsbauvorlesungen, Gauwandern, Tagespartien usw. Die Mitgliederzahl liegt im verflossenen Jahre von 137 auf 150. Der Kassenbericht gab eine Gesamtnahme von 2444,50 M., eine Gesamtausgabe von 1675,20 M., wobei ein Gesamtbetrag von 769,30 M. bei den nun folgenden Wahlen wurden die 4 auscheidenden Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. An Stelle des langjährigen 1. Vorsitzenden Herrn R. Strohberger, der sein Amt am Ende des Jahres gefündigt hatte und eine Wiederwahl wegen Überarbeitung und aus Gesundheitsgründen entschieden ablehnte, wurde der bisherige 2. Vorsitzende Herr Otto Ell zum 1. Vorsitzenden und Herr R. Strohberger zum 2. Vorsitzenden gewählt. Gleichzeitig wurde Herr R. Strohberger zum Ehrenvorsitzenden ernannt. In Rechnungspräsentation wählte man die Herren P. Heine und P. Seidel und als Stellvertreter Herrn O. Siebing. Weiter wurde der Gesamtvorstand bestimmt, für das 25-jährige Stiftungsfest ein vorläufiges Programm zusammenzustellen. Große Sorge möchte dem Verein im Frühjahr das Zukunft, das durch die Winterstürme halb zerstört worden war, und nur durch die Opferwilligkeit der Mitglieder und einiger Förderer war es möglich, das Zukunft wieder in brauchbarem Zustand zu setzen. Allerdings möchte auch die Bewegung des Bodens eine noch viel regerer werden. Am Sonntag den 20. Februar wird der Verein im Schützenhaus wieder einen öffentlichen Theaterabend mit anschließendem Ball veranstalten.

— Die „Sächsischen Später“, die Herren Müller-Heim und Sehler, fanden sich am Dienstag zu einem „Später-Abschluß“ bei uns ein. Nach bereits veröffentlichten Schnurken und durch das Aufstreiten des Herrn Sehler schon bestens eingespielt, fanden sie einen geselligen Saal vor und boten ihren Zuhörern das Vollgute und Neuste ihrer heiteren Gedichte und Erzählungen. Der eingeließtische Grusgrammophon oft Tränen lassen, und wahre Sachsalven durchliefen den Saal nach jeder neuen Erzählung. Und dann, welch tiefer Sinn, welch beherzigenswerter Rat lag trog aller Ewigkeit doch in mancher Geschichte. Raths von Althaus-Grend und Althaus-Seidt bildet unberührt und leiserer Stoff zu heiterem Gedichte. Selbst unser elektrisches Licht mit seinen vielen Ausstrahlungen und der Schein unseres Bühnchens am Tage der Einweihung unseres Bürgermeisters blieben nicht unbemerkt. Sädhlich von Anfang bis zu Ende verließ der Abend und ließ den Wunsch nach einer recht baldigen Wiederkehr der „Sächsischen Später“ in allen Besuchern erfüllen.

— Die Städte, Handels- und Gewerbeschule Dippoldiswalde wurde am 14. Februar durch Herrn Gewerbeschulrat Dr. Schubert-Leipzig inspiziert.

— Die Landes-Rolle für die Deutsche Rinderhilfe, gesammelt am Sonntag Februar 1921, 23. Jan. 1921, hat in dieser Ephorie 905,80 M. ergeben, und zwar in Dippoldiswalde 53.—, Wittenberg 4.—, Zinnwald-Georgenfeld 6.—, Bärenstein 17.—, Börnersdorf 18.—, Breitenau 10,20, Bürkersdorf 13.—, Dittersbach 35.—, Dittersdorf 10.—, Döbra 20.—, Frauenstein 21.—, Fürstenwalde 14,60, Fürstenau 6,50, Geising 24.—, Glasau 29.—, Hartmannsdorf 8.—, Hennersdorf 6.—, Schönfeld 5.—, Hermendorf 12.—, Hödendorf 14.—, Johnsbach 18,50, Kreischa 210.—, Lauenstein 10.—, Liebenau 20.—, Raffau 30.—, Dölln 8.—, Possendorf 30.—, Preichendorf 116.—, Regenbogen 20.—, Reichstädt 12.—, Reindardsgrimma 10.—, Ruppendorf 11.—, Sadisdorf 9.—, Schellerhau 25.—, Oberhöhendorf 25.—, Schmiedeberg 23.—, Ripsdorf 5.—, Seifersdorf 20.—, Markt.

— Die Gewinnlotterie der Geldlotterie zum 7. Februar der Kleinkinder-Bewahranstalt Leipzig-Mosau liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsichtnahme aus.

— Die Eisenbahnsiedlung Altvöglitz-Waisendorf, für welche der Landtag zwei Jahre vor dem Kriege 750 000 M. bewilligte, soll am 14. März endlich dem Betrieb übergeben werden, kostet aber nunmehr 10 Millionen.

Schmiedeberg. Herr Max Däbitz, der Verfasser der „Periodikheit im All“ usw., wird ab morgen Donnerstag im hiesigen Gaithohe eine Reihe von Vorlesungen halten. Veranstalter ist „Der Bund der Römer“. Wir verweisen im übrigen auf das Inserat im vorliegenden Nummer.

Schellerhau. Unter Richter Herr Wirtschaftsberater Karl Sommerich hat 25 Jahre in großer Treue und hingebendem Elfer seines Amtes geworben. Aus diesem Grunde hat die Ritterinspektion ihm eine Urkunde mit anerkennenden und dankbaren Worten ausgestellt. Dieselbe ist ihm von dem Vorsitzenden des Richtervorstandes feierlich überreicht worden. Unser Richter hat den Amtsgeschäft in die jungen Hände des Herrn Martin Weilher in Schellerhau gelegt, der nun zusammen mit unserem anderen Richter Herrn August Jäde sein Amt verwaltet.

Überleitungsweg. Das Engelmannsche Mühlengut, das 1915 für 80000 M. verkauft wurde, ging zum Preise von 800000 M. in den Besitz eines Herrn Hirsch über.

Überraschung. Infolge einer Anzeige wegen Beschädigungen wurde hier eine Spielhalle entdeckt und aufgehoben, in der schon längere Zeit verbotenes Spiel mit hohen Einsätzen getrieben wurde. Ein Schwäbischer (Dialektschreiber), der in wenigen Abenden 15000 M. gewonnen hatte, war mit seiner Familie über die nahe Grenze entkommen. Der Wettwitz, dem überdies die Konkurrenzentschließung droht, wurde mit 1000 M. Geldstrafe und jeder Mitspieler mit 100 bez. 50 M. Strafe belegt.

Zwischenfall. In einer hier abgehaltenen Betriebsabstimmung erklärte die radikale Bergarbeiter-Union, daß sie von der Aufstellung von Betriebsräten absche, weil die Arbeiterschaft der Tätigkeit der Betriebsräte nicht genügende Anerkennung golle.

Deutschland i. W. Die hiesigen Berge und Apotheker haben sich bereit erklärt, für Arzneibeschäftigte und Arzneihinterbliebene empfohlene Gebühren und Preise zu berechnen.

Ehrenfriedersdorf. Zum dritten Male hatte der Stadtvorstandsvorsteher das Kollegium einberufen und da die sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder wieder fehlten, wurde auf Grund der Revidierten Statuten

Bienenzucker.

Im Wirtschaftsjahr 1920/21 werden zur Bienenzufütterung 15 Pfund Zucker je Bienvolk zum Inlandszuckerpreise zur Verfügung gestellt. Die Herausgabe des Inders erfolgt in zwei Raten je zur Verwendung als Frühjahrs- und Winterzufütterung. Die erste Rate, die vom Kaiser noch nach dem Stande der Volkerzahl von 1919 zugewiesen werden soll, gelangt in Rüge zur Verteilung. Es erhält jedes angemeldete Volk ca 6 Pfund Frühjahrszucker. Der zweite Rate wird die noch festzustellende neue Zahl der Bienenvölker von 1921 zu Grunde gelegt werden. Die Imker haben sich wie im Vorjahr wegen Bestellung und Empfangnahme des Inders an den für ihnen Ort zuständigen Bienenzüchterverein zu wenden.

Doppelbestellungen von Bienenzucker (bei mehreren Vereinen) werden mit vollständiger Zuckerkontrolle bestraft.

R. 289 M. IL
Dippoldiswalde, am 7. Februar 1921.

Der Kommunalverband.

Zuckerhonig

Kann in allen hiesigen Verkaufsstellen abgeholt werden.

Stadtamt Dippoldiswalde.

ordnung in die Verhandlung eingetreten und die Tagesordnung erledigt.

Zittau. Die Unterernährung der Schulkinder tritt hier so augenscheinlich in Erscheinung, daß die vereinigten Eltern- und Lehrerseite die lädiellen Kollegen ersuchen, baldmöglichst Sorge zu tragen, daß der Gesundheitszustand der Schulkinder gebessert werde. Neben 900 Kindern bedürfen dringend einer besseren Ernährung, und auch vielen anderen Kindern eine frischere Speisung not. Auch die Quaderstiftung möchte für die Stadt Zittau in Anspruch genommen werden. Um eine wirkliche Hilfe durchzuführen, wird vorgeschlagen, für die bedürftigen Kinder ein Villachschiff und ein warmes Mittagbrot aus lädilichen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Die große Notlage der Anstalten

der Inneren Mission

zeigt sich besonders deutlich in der Epileptischen-Anstalt Radeburg bei Radeberg, welche dem Bandesverein für Innere Mission gehört und schon seit 32 Jahren besteht. Dort sind etwa 90 epileptische Kinder bis zu 16 Jahren untergebracht, die von 14 Diakonissen versorgt werden. Bis 1916 hat die Anstalt selbst erhalten, etwaige Gehbeiträge wurden durch eine besondere Weihnachtsjagd gedeckt. Durch die ungeheure Preissteigerung für alle Wirtschaftsbedürfnisse, durch Rohstoffhöhen usw. muß die Anstalt für das laufende Jahr mit einem Gehbeitrag von 63 000 M. rechnen, eine Summe, welche die Anstalt erdrücken muß, wenn nicht irgendeiner größere Hilfe kommt. Allein für den Unterhalt der Schwestern der Anstalt wird ein Mehraufwand von 40 000 Mark erforderlich, da ja die Diakonissenanstalt zu Dresden ihre Söhne für die Schwestern hat bedeutend erhöhen müssen. Der Verpflegungsatz für die Kranken — früher 75 Pf. bezw. 1 M., jetzt 5 M. — läßt sich nur in sehr beschämendem Maße erhöhen, da keine gesetzliche Verpflichtung besteht, daß solche Kranken in Anstalten untergebracht werden müssen und weil bei zu hoher Verpflegungsgebühr die dafür auskommenden Gemeinden die Kranken zurücknehmen und ihren Angehörigen wieder übergeben. Das bedeutet aber für die meisten dieser Kranken, da ihnen zu Hause nicht die nötige Pflege geziert werden kann, den Körperlichen und geistigen Ruin. Dabei ist Kleinwachau die einzige Spezialanstalt für epileptische Kinder in ganz Sachsen und die einzige Epileptischen-Anstalt, welche der Innere Mission unseres Landes gehört. Wenn sie geschlossen werden müßte, so würde ein Ebedenswerk zusammenbrechen, welches vielen Familien unseres Landes eine große Wohltat und Hunderden, ja Tausenden von armen fallschöpfigen Kindern Rettung und Heimat zu bringen beziehen.

Aber in derselben Notlage befinden sich gegenwärtig fast alle Anstalten der Inneren Mission. Sie drohen zusammenzubrechen, wenn ihnen nicht in umfassender Weise geholfen wird. Darum haben sich die Inneren Missionsträger unseres Landes entschlossen, eine größere Sammlung zu veranstalten, die diese Hilfe bringen soll. Sie wird in den Monaten Februar und März dieses Jahres unter dem Namen „Missionsohnhilfe für die Niederschichten der Inneren Mission Sachens“ eingezogen und ist allen evangelischen Christen unseres Landes dringend ans Herz gelegt.

Hier dulden wir wüßtlich gewiß sein, daß unsere Gaben reiche Früchte bringen und viel Segen stiften. Die Innere Mission hat sich bisher meist mit kleinen Gaben begnügt und ist darüber dankbar gewesen. Heute aber zwinge sie die große Not ihrer zahlreichen Flieglinge, es offen zu legen: nur große Hilfe kann helfen.

Erhöhung der Personentarife.

Die Vorschläge des Reichsverkehrsministeriums.
Der Sachverständigenrat des Reichsverkehrsministeriums schlägt bedeutende Erhöhungen der Personentarife vor, die noch vor den Sommerferien in Kraft treten sollen.

Die Eisenbahnverwaltung führt demnach, wie bei der Neuordnung der Gütertarife ab 1. Dezember 1920, eine „organische“ Neuordnung der Personentarife durch. Die neuen Fahrtypen sollen sich auf Einheitszächen aufbauen, die betragen werden:

- für die 4. Klasse 13,
- für die 3. Klasse 19,5
- für die 2. Klasse 32,5 und
- für die 1. Klasse 58,5 Pfg. je Kilometer.

Gegenüber den Friedensfahrtypen bedeuten die Höhe eine Steigerung von 50 Prozent für die 2. und 3. Klasse, von 622 Prozent für die 2. und 135 Prozent für die 1. Klasse.

Die Schnellzugszuschläge werden unter Beibehaltung des bisherigen Dreizonesystems (bis 75, bis 150 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8, 16, und 42 Mark in der 1. und 2. Klasse und auf 4, 8 und 12 Mark in der 3. Klasse. Die neuen Fahrtypen sollen am 1. Juni 1921 in Kraft treten.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife ist bereits vor längerer Zeit angekündigt worden, die Vorschläge des Eisenbahministers können also nicht überraschen. Auch war man angesichts des Milliardendefizits unserer Reichsbahnen auf eine wesentliche Steigerung der Tarifzächen gesetzt. Trotzdem kann man die jetzt in Vorschlag gebrachte Tarifsteigerung nur schwer billigen, da sie in keinerlei Verhältnis zu der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der etatverbstätigen Bewilligung steht. Der neue Personentarif soll, wie oben gesagt, erst am 1. Juni, vor der Reichstagswahl — der ums Doppelte erhöhte Gütertarif soll bekanntlich bereits am 1. April in Kraft treten — eingeführt werden. Bis dahin ist also noch reichlich Zeit, um die jetzt bekanntgegebenen Vorschläge einer gründlichen Kritik zu unterwerfen. In der festigen Form dürfen sie auf keinen Fall verwirkt werden.

Umstellung der Getreide- wirtschaft.

Teilweise Freigabe der Getreideernte?

Der Abbau der Swangswirtschaft ist auf den meisten Gebieten durchgeführt, nur Brotgetreide, Milch und Butter sind der öffentlichen Swangswirtschaft noch nicht entzogen, aber auch in der Getreidewirtschaft will man jetzt zu einem System kommen, welches den Beschränkungen der Landwirtschaft mehr Rechnung trägt. Die Swangswirtschaft soll zwar grundsätzlich behalten werden, doch will man sie in der Form mildern und erträglicher gestalten. Im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates ist bereits ein Gesetzentwurf über die Umstellung der Getreidewirtschaft ausgearbeitet worden. Die Vorlage wird zunächst das Plenum des Reichswirtschaftsrates beschäftigen und dann dem Reichstag vorgelegt werden.

Wie von unterschiedeter Seite versautet, steht der Gesetzentwurf des Reichswirtschaftsrates die Schaffung einer der Reichswirtschaft verantworteten Zentralstelle für die Beschaffung von Brotgetreide vor, das zur Ergänzung der gelmischen Bestände erforderlich ist. Von dem geernteten Inlandgetreide sollen 40 vom Hundert durch Umlage sichergestellt und der staatlichen Bewirtschaftung zugeschoben werden. Von diesen 40 v. H. gehen jedoch das Deputat und Saatgetreide ab. 60 v. H. der Körnerernte sollen dagegen dem freien Handel zugeschoben werden.

Infolge der Umstellung der Getreidebewirtschaftung sollte auch die Brotverteilung eine Änderung erfahren. Bisher ist beabsichtigt, an der bisherigen Proportion von 1900 Gramm festzuhalten. Neben diese Menge hinaus jedoch soll Brot, das aus dem inneren Handel befindlichen Inlandgetreide hergestellt ist, ohne Marken verkauft werden können. Welchen Umsatz der freihändige Brotverkauf annehmen wird, hängt im Wesentlichen davon ab, ob nicht die Regierung zur Sicherstellung der Nationen selbst einen erheblichen Teil der Inlandernte erwerben wird.

Der Brotpreis für rationierte Ware dürfte sich kaum verändern, hingegen wird man bei dem Brot im freien Verkauf mit einem Preis von 6 Mark rechnen müssen. Vorausichtlich wird die Freigabe eines größeren Teiles des Inlandgetreides sehr erhebliche Mengen der jetzt zufließenden Ernte aus dem Markt bringen, wodurch es der Regierung möglich wäre, die Käufe des noch immer recht teuren Auslandsmehles einzuschränken.

Die Vorlage des Reichswirtschaftsrates, an dessen Ausarbeitung auch Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie beteiligt waren, ist in den Grundzügen von den Gewerkschaftsvertretern gebilligt worden, nur sind letztere bemüht, eine Erhöhung des Brotpreises möglichst zu verhindern.

Riesenschiebungen.

Umfangreiche Biehschiebungen mit Hilfe einer Provinzialstelle.

Unser deutsches Vaterland ist nach dem Krieg ein Eldorado aller Schleberseelen geworden. Mit einer geradezu unbeschreiblichen Skrupellosigkeit und unter Anwendung der verwerflichsten Mittel verstehen es diese Schwarzen, am deutschen Volksvermögen, sich über die bestehenden Vorchristen hinwegzusehen und auf Kosten der Allgemeinheit „Millionengewinne“ zu verdienen.

Neuerdings ist das preußische Landespolizeiamt umfangreiche Biehschiebungen auf die Spur gekommen, bei denen es sich um Schlebergeschäfte im Werte von vielen Millionen handelt. An den Schle-

bungen, die noch während der Swangswirtschaftszeit in Schlesien verübt wurden, sind die Viehgroßhändler Giesecke, Fleischhauer in Breslau (Inhaber Abraham Fleischhauer, Isaak Gutmann und Salchimer), Kleemann in Breslau, S. Knobloch in Biegitz (Inhaber Siegfried Knobloch, Bodolan und Herzlo) und B. Stein in Emden (Hilko Breslau) beteiligt. Mit ihnen standen ungetrenne Angestellte der Breslauer Provinzialstelle, insbesondere die Abteilungsleiter Herrenz und Ostrowski und die Kontrollbeamten Hiedler, Heiduk und Kleinhuber unter einer Decke, die in den einzelnen Fällen Belehrungsgelder von 100 bis 2000 Mark erhielten.

Die Biehschiebungen wurden dadurch ermöglicht, daß die bestochenen Angestellten der Breslauer Provinzialstelle den Viehstränen auf telephonischen Anruf binnen 24 Stunden Ausfuhrbewilligungen für jede beliebige Menge Vieh nach allen Orten, insbesondere nach Oberschlesien, beschafften. Nach den bisherigen Feststellungen konnten allein aus den leichten Monaten Juni, Juli und August solche Fälle nachgewiesen werden, bei denen z. T. auch schwere Urkundensässungen begangen worden sind. Die Ausfuhrarten wurden oft mehrmals benutzt. So wurde z. B. eine Karte, mit der ein Vieh ausgeführt werden durfte, nach seiner Ausfuhr in der Weise geäuscht, daß noch weitere Kinder nach einem anderen Empfangsort darauf gefeuht wurden. Die Vorstellungen bei der Provinzialstelle durch die zuständigen Eisenbahnamtbeamten wurden nicht beachtet, vielmehr wieder stets „alles in Ordnung“ befunden.

Einen als „überfällig“ bekannten Berliner Händler wurden 30 Bierausfuhrkarten mit den Namen von an sich nicht zuständigen Dezerenten erteilt, nachdem der zuständige Beamter seine Unterschrift wegen der Ungefähigkeit dieser Ausstellung verweigert hatte. Natürlich wurden die Karten sofort an einen anderen Händler weitergegeben, der Vieh in unbegrenzter Menge verschob, bis durch den Landrat diesem Treiben Einhalt geboten wurde.

Auf Grund eingerichteter Ermittlungen des Landespolizeiamts sind jetzt die umfangreichen Biehschiebungen völlig aufgedeckt worden.

Mehrere hundert Waggons Kali nach Holland verschoben.

Eine große Kaliabschiebung hat, wie uns vom deutschen Kali und mitgeteilt wird, vor einigen Tagen vor dem Biehgericht in Düsseldorf ihre Söhne gefunden. Es hatte sich herausgestellt, daß eine Reihe von Schiebern in allen Teilen Westdeutschlands mehrere hundert Waggons Chloralkali, von welchen die Hälfte beschlagnahmt werden konnte, zu Inlandspreisen aufgekauft hatten, weil auf Grund gefälschter Ausfuhrchein und unter falschen Frachtbriefangaben nach Holland verschoben wurden.

Der hölländische Beträger W. Cattan, Rotterdam, Nieuwerhaven 144, der mit den deutschen Schiebern Hand in Hand arbeitete, konnte nicht gefasst werden. Seine Helfer schließen die folgenden schweren Strafen: Viktor Baumann, Geschäftsführer der Chem. Werk M. & D. Baumann, Düsseldorf-Unterrath, Küstenstr. 108/112: 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 200 000 Mark Geldstrafe und 60 000 Mark Gewinninzehrung; Frau M. D. Baumann, Inhaberin derselben Firma: 3 Monate Gefängnis; Walther Baumann, Mitinhaber der Deutschen Antikesselfabrik Firma m. b. H., Düsseldorf-Oberkassel, Salierstraße, 2 Jahre Gefängnis, 200 000 Mark Geldstrafe und 60 000 Mark Gewinninzehrung; Ferdinand Rödig, Mitinhaber derselben Firma: 1 Jahr Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe und 30 000 Mark Gewinninzehrung; Julius Siegler, Bolontär bei derselben Firma: 2 Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe; Gustav König, Chemiker, Düsseldorf, Fischerstr. 82: 6 Monate Gefängnis und 40 000 Mark Geldstrafe; Eugen Schindendorf, Agent, Düsseldorf: 3 Monate Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe; Wilhelm Kehler, Hamm i. W., in Firma: Emil Kehler u. Sohn, Hamm: 6 Monate Gefängnis, 30 000 Mark Geldstrafe und 27 000 Mark Gewinninzehrung; William Walzrode: 20 000 Mark Geldstrafe und 5000 Mark Gewinninzehrung; Leopold Melkendorf, Inhaber der Fa. G. Kahn in Hungen: 25 000 Mark Geldstrafe und 6000 Mark Gewinninzehrung.

Das Reichsfinanzministerium hat erneut die Grenzollbeamten auf die Kaliabschiebungen aufmerksam gemacht und dieselben zur Berichterstattung über alle verdächtigen Fälle der Kaliabschüttung aufgesagt.

Polnische Selbstkerkenutnis.

„Die polnische Kultur schreitet den Krebsgang...“

Im Blauderton erzählt der „Dziennik Poznański“, was sich in Polen während des Scherwstandes ereignet hat. Er schreibt u. a.:

„Zwischenzeitlich stimmt der Sturm irgendeine traurige Strophe eines nicht geschriebenen Chorals an. Und dort irgendwo in der Ferne tönt das Rollen der Büge, die die Leute zu den hellen Ufern des Meeres führen, wo die Orangen blühen und der Vorbeir duster, wo der Champagner flösamt, die Flöher Seide rauscht und die Franken rollen in einer Welle, die siebzigfach die polnische Mark erfüllt, die armen polnischen Groschen! O Proletarier der Intelligenz! Geschlossen ist die das Paradies der Reisen, der Reisefreuden und des Luxus! Darum sage, daß du dem heimatlichen Straßenschmuck, die grauen Nebel, einen düsteren Himmel und die Straßen Posens allem vorziebst. Nicht nur die Wolken drücken uns, auch die Sorgen tun es.“

Zuerst: die Teuerung. Es ist vergeblich; niemand kann auf einmal radikal seinen Begriff über die Mark ändern, mit dem er geboren wurde. Und daher, obgleich diese Mark in Deutschland nur 6 Pfg. und in Frankreich nicht viel mehr als einen halben Centime gilt, muß man sich doch, wenn es auch schwer fällt, mit der Tatsache abfinden, daß Stiefel 4000 Mark kosten und daß man für das Waschen einer Bluse 25 Mark und für ein Pfund Butter 125 Mark zahlt. Langsam wird alles, was wir gewohnt waren, gegenstände des ersten Bedarfs zu nennen, zu den Sachen achtbar, die es überhaupt nicht gibt (Eier, Zucker, Schuhe, Glas und Gummi), und zu daran, die man nicht kaufen kann, weil man nichts hat, wofür man sie kaufen kann.

Die hohen Gehälter? Große Einkommen? Einkommen sind nur für den Produzenten und den Händler zugänglich, wenn sie wollen und es verleben. Wucher zu treiben. Keine Erhöhung der Gehälter wird je in der Lage sein, mit den von Tag zu Tag anwachsenden Preisen Schritt zu halten. Die Zahl der Proletarier wächst andauernd, und die politische Kultur schreitet den Krebsgang in rascher Richtung zu längst verklungenen Epochen zurück.“

Dies offene Bekenntnis des polnischen Zusammenbruchs wird die Oberschlesier erneut in ihrem Glauben bestärken, daß ihre Heimat um jeden Preis von der „beglüdenden“ Herrschaft des Polentums bewahrt bleiben muß.

Pariser Kritik.

Die Stuttgarter Rede des Außenministers Simons wird in der Pariser Presse ausführlich besprochen. In allen Kommentaren wird ernst auf die Unnachgiebigkeit der Alliierten hingewiesen, die sich einer Herabminderung der in Paris beschlossenen Entschädigungssumme grundsätzlich widersehen würden. Wohl aber sei die Entente bereit, in London über die Befreiungssätze zu verhandeln, und gegebenenfalls entsprechende Gegenvorschläge der deutschen Regierung aufmerksam zu prüfen.

Diese an sich schon leeren Versprechungen verlieren noch an Wert, wenn man den Ton der Pariser Kritiken in Betracht zieht. Die Franzosen sind höchst unwillig darüber, daß ein deutscher Minister abermals es „gewagt“ hat, das Abkommen von Paris als unannehbare Verhandlungsgrundlage zu bezeichnen. Ein Sturm der Entrüstung geht durch die französische Boulevardpresse, wenn der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik die Revision des Versailler Friedensvertrages als unvermeidlich erklärt. Es habe, so heißt es in dem „Journal des Débats“, einem der ältesten Hochblätter der französischen Metropole, sogar dagegen protestiert, daß der Vertrag von Versailles Deutschland die Schuld am Kriege zuerkenne. Man könne nicht gestatten, daß die Minister von Berlin und Wien wieder die Legende von der Unschuld verbreiten.

Die Alliierten dürfen offizielle Kundgebungen wie die in Stuttgart nicht dulden.

Die deutschen Vertreter wären nicht nach London berufen, um über die Revision des Pariser Abkommens zu verhandeln, sie hätten nur Vorschläge über die besten Ausführungsmethoden der in Paris getroffenen Entscheidungen vorzubringen. Man dürfe nicht dulden, daß sie von Revision sprechen.

Der regierungsoffizielle „Tempo“ selbst meint, die Stuttgarter Rede gebe allen denjenigen recht, die die Notwendigkeit erkannt haben, zu handeln. Die deutsche Regierung gehe nach London in der Absicht, das Abkommen vom 29. Januar abzulehnen, weil der ersten Weizsäcker im Reichstag keine Zustimmung gefolgt sei.

Nun soll den deutschen Ministern sogar in Deutschland selbst der Mund verboten werden, nachdem man ihnen vor kurzem schon im besetzten Gebiet jede öffentliche Kundgebung untersagt hat. Um liebsten möchte man uns völlig zum Schweigen bringen, wie die Bedeutungen des „Tempo“ zur Genüge beweisen. Die deutschen Regierungsvertreter werden sich selbstverständlich durch derartige Drohungen nicht irre machen lassen, der Stimmung des deutschen Volkes offen vor aller Welt Ausdruck zu verleihen. Ob man uns in London auch jede Kritik an dem Pariser Diktat unmöglich machen wird? Wenn es zu regelrechten Verhandlungen kommen soll — und das haben die Alliierten mit ihrer Einladung doch wohl zugegeben — dann kann den deutschen Vertretern kaum das Recht der Kritik streitig gemacht werden. Sie werden den Alliierten mit aller Offenheit die tatsächliche Leistungsfähigkeit schildern und die Unmöglichkeit der Pariser Beschlüsse nachweisen. Wir befürchten uns aber nicht auf die negative Seite, sondern werden in London genau präzisierte Gegenvorschläge unterbreiten, von deren Annahme oder Ablehnung die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes abhängt. Unser Angebot wird, wie Minister Simons in Stuttgart erklärte, nicht gering sein. Ja, viele Deutschen werden vielleicht der Meinung sein, daß diese Vorschläge ebenfalls undurchführbar seien. Auf der anderen Seite werden wir darauf gesetzt sein müssen, daß die Gegner unsere Vorschläge als ungenügend bezeichnen und unter Androhung der bekannten Strafmaßnahmen auf der Unnachme der Pariser Beschlüsse bestehen werden. In letzterem Falle wird auch unsere Abordnung an deren Spitze Minister Simons persönlich stehen und auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren und die Entente selbst die Verantwortung für die Folgen ihrer Gewaltspolitik überlassen.

Protest gegen Paris.

Geschlossene Front gegen die Raubpolitik.

Die Protestbewegung gegen das Pariser Verteilungsdiktat hat alle Kreise des deutschen Volkes erfaßt. Sämtliche Städte und Schichten der Bevölkerung sind geschlossen hinter der Reichsregierung in der Verurteilung der Pariser Beschlüsse und lehnen eine Unterwerfung unter das Slavenjoch einstellig ab.

In Stuttgart, wo Reichsminister Simons am letzten Sonntag den ungeheuren Forderungen der Entente abermals ein klares Nein entgegensezte, hielt der deutsche Ernährungs- und Arbeitsbund am Montagabend eine von Tausenden besuchte Protestversammlung gegen die Pariser Beschlüsse ab. Der württembergische Ernährungs- und Arbeitsminister Dr. Schall hob in seiner Rede hervor, daß nicht die Höhe des Schadens auf der gegnerischen Seite maßgebend sein dürfe, sondern allein die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Nachdem die Vertreter verschiedener Gewerkschaftsverbände, Beamtenvereine sowie Handels- und Handwerkskammern in einem die Pariser Beschlüsse ablehnenden Sinne gesprochen hatten, wurde eine Resolution gelesen, die gegen die ungeheuren Forderungen, die

Die deutsche Wirtschaft zu Siechtum und Untergang, das deutsche Volk zur Versklavung und hoffnungsloser Brüderlichkeit vermut, die Wirtschaft der Welt zu dauernder Unruhe, Hemmung und Störung führen müssten, Protest erhebt. Die Gedanken der Völkererziehung und der Zusammenarbeit der Nationen würden durch solche Bedingungen vertreten und zerstört.

Die Unterzeichnung des Diktats — Landesverrat.

In Würzburg erklärte der bekannte mehrheitlich sozialistische Führer Uner in einer Massenversammlung, wie das Pariser Diktat unterzeichnet, mache sich des Landesvertrates schuldig. Auch in der kommunistischen Versammlung im Circus Krone erklärte der Führer der Kommunisten Dr. Paul Lobe, die Kommunisten lehnen das Pariser Diktat ab, weil entweder 100 000 deutsche oder französische Arbeiter zugrunde gehen würden, je nachdem das Diktat erfüllt werde oder nicht.

Der bayerische Landesausschuss der Demokratischen Partei fasste eine Entschließung, die die Pariser Vorschläge zur Wiederherstellung für völlig unannehmbar bezeichnet. In der Entschließung heißt es: Wenn in London nicht eine mit den Lebensrechten Deutschlands vereinbare Lösung gefunden wird, muss das deutsche Volk sieber einig und würdig das Schwerste ertragen, als durch die Annahme unerfüllbarer Forderungen einen Rechtstitel für seine Versklavung waffen.

Protest der italienischen Gewerkschaften.

Die katholischen Gewerkschaften veröffentlichten einen scharfen Protest gegen die Pariser Forderungen und die angebrochenen Sanktionen, die 42 Jahre deutscher Freundschaft zugunsten des ausländischen Kapitalismus und Imperialismus und die grausame Verlängerung der im Kriege proklamierten Ziele „Gerechtigkeit und Freiheit“ bedeuten. Durch solche Auskündigungen würde der Wiederaufbau Europas verzögert und dafür in den besiegten Ländern der Nachkriegsgeist gefährdet. Im Namen der christlichen Ideale protestieren die Gewerkschaften gegen diesen Versuch, das deutsche Volk zu entwirken.

Ein schweizerisches Urteil über Dr. Simons Rede.

Die „Neue Schaffhauser Zeitung“ findet die Stuttgarter Rede des deutschen Außenministers sehr geschickt und meint, es dürfe außer Zweifel stehen, dass Simons' Vorschlag zur solidarischen Lösung des Produktionsproblems einen praktisch sehr wohl diskutierbaren Kern enthalte. Schwieriger sei die Frage zu beantworten, ob eine solche Rechnung — auch angenommen, dass sie richtig fastzustellen wäre — nicht zu sehr eine ferne Zukunft im Auge habe. Was die schwergeschädigten Länder Westeuropas vor allem verlangen, sei sofortige Abhilfe. Unter allen Umständen aber sei die Rede von Dr. Simons ein geschickter Aufstieg zur Londoner Konferenz. Sie zeige, dass von deutscher Seite eine Grundlage gefunden worden sei, von der aus Verhandlungen möglich wären.

Politische Rundschau.

Berlin, den 16. Februar 1921.

— Der Generalsekretär von Hindenburg hat das Protokoll über den deutschen Ostmarkenverein übernommen. — Die preußische Regierung lässt mitteilen, dass sie nicht an die Einführung von Schulgeld an den Volksschulen denkt. — Der „Bayerische Kurier“ will wissen, dass der Inhalt der Note in Berlin als bestredigend aufgefasst werde, und doch damit die Schwierigkeiten als behoben betrachtet werden könnten. — Das staatliche Seebad Norderney soll zum 1. April an eine Betriebsgemeinschaft, Nordde. Lloyd-Gemeinde Norderney, verpachtet werden.

— Reichsminister Simons in Süddeutschland. Der Reichsminister des Innern Dr. Simons wird am Mittwoch vormittag in Karlsruhe vor führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens einen Vortrag halten. An dieser Sitzung werden teilnehmen die Landtagsabgeordneten, Pressevertreter und Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Von Karlsruhe wird sich Dr. Simons nach Mannheim und von dort nach Darmstadt begeben.

— Die Wahrnehmung der Auslandskontenzen des Bewohner des Saargebietes. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung in der letzten Sitzung die verschiedenen Noten an die Reparationskommission des Saargebietes und an den Volksbund gerichtet, die gegen die Übertragung der Vertretung der Auslandskontenzen des Bewohner des Saargebietes an die französische Regierung Stellung nehmen. So erklärt die Reichsregierung in einer Note, dass die Wahrnehmung dieser Interessen durch Frankreich mit dem Vertragsvertrag unvereinbar ist, da das Saargebiet dem übrigen Deutschland gegenüber nicht Ausland ist und die Frage, ob es aufgrund des Reichsgebiet zu sein, erst auf Grund einer Volksabstimmung entschieden wird. Es wäre auch unbedeutlich, wenn die in Frankreich lebenden Saarländer gegenüber deutschen Behörden von Frankreich vertreten werden sollten.

— Die Fremdherrschaft im Rheinland. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hatte im Unbeacht der bevorstehenden Wahlen zur Erleichterung des Wahlgeschäfts und der Wahlpropaganda die interalliierte Rheinlandkommission erlaubt, in der Zeit vom 6. bis 20. Februar die Anmeldepflicht für politische Versammlungen aufzuheben. Der Reichskommissar kam mit dieser Vorstellung den zahlreichen Wünschen sämtlicher Parteien des besetzten Gebietes nach. Wie gerade die Verordnung drei Artikel sechzehn (Anmeldepflicht politischer Versammlungen) in diesen Tagen besonders drückend empfinden. Beider ist das Ergebnis des Reichskommissars erfolglos geblieben. Die Rheinlandkommission hat die Bitte abgewiesen. Sämtliche politischen Versammlungen unterlegen also noch wie vor der Anmeldepflicht.

— Ein gutes Vorzeichen für Überholen. Wie „Schlesische Volkszeitung“ aus Kreuzburg meldet, schlossen bei den Stadtverordnetenwahlen die Liste der vereinigten deutschen Parteien 5188 und die Liste der Nationalsozialisten 276 Stimmen. — Dasselbe Blatt meldet aus Oppeln, dass der polnische Agitator Schuhmacher

meister Matrosch mit Hinterlassung von 250 000 Mark Schulden flüchtig ist. Über sein Vermögen wurde der Konkurs eröffnet. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass Matrosch über die polnische Grenze entkommen ist.

Rundschau im Auslande.

Bei der Wahl zur Kaiser-Welt-Ausstellung erhielten die Delegierten der britischen Internationale eine völlige Niederlage.

In der rumänischen Kammer ist die deutsche Sprache ausdrücklich als gesetzlich berechtigt anerkannt worden.

Räumung: Grönlandkreise des dänischen Königshauses.

Das dänische Königspaar gedenkt im Juni eine Rundreise nach den Faröer-Inseln, nach Grönland und der Kolonie Grönland anzutreten. König Christian wird der erste Monarch sein, der sich so weit in den hohen Norden vorwagt. Die Königsreise nach Grönland beweist die Teilnahme an den Feierlichkeiten zur Zweihunderthausfeier der Errichtung der Kolonie Grönland.

England: Eröffnung des englischen Parlaments.

Im Hinterland aus die Ereignisse in Lancashire, wo Brandstiftungen in großem Maßstab stattfinden, sind sorgfältige Untersuchungen ergriffen, um bei der Eröffnung des Parlaments durch den König jeden Anschlag zu verhindern. Das Oberhaus wirkt sehr bewacht. An verschiedenen Stellen wurden zur Bewachung des Parlaments bewaffnete Posten aufgestellt. Man erwartet in dieser Woche eine wichtige Erklärung Lloyd Georges über die Politik der britischen Regierung. Das Parlament wird mit dem herkömmlichen Ceremoniell eröffnet werden. Das ganze diplomatische Corps wird bei der Thronrede des Königs zugegen sein, das Publikum jedoch ist von der Sitzung ausgeschlossen, da man peinliche Zwischenfälle seitens der Sinnestiere befürchtet.

Amerika: Die „Ausrüstung“ zur See.

Die Ablehnung des Flüssigkeitsbeschränkungsantrages im japanischen Repräsentantenhaus hat anschließend in Washington großen Eindruck gemacht. Man sieht diesen Beschluss als die Antwort Tokios an auf den im amerikanischen Senat angenommenen Vorschlag für Marinenlagen gesetzten Beschluss, eine Flotte zu bauen, die der jeder anderen Macht gleich ist. Nach eingeratener Debatte wurde im Repräsentantenhaus der Antrag Broocks, dass von den für den Flottenbau im Jahre 1921 bewilligten 90 000 000 Dollar nicht ausgegeben werden soll, bevor Präsident Wilson eine internationale Flüssigkeitskonferenz einberufen habe, mit 124 gegen 20 Stimmen verworfen. — Das Beste Geheime dafür, wie wenig die Amerikaner selbst an einem Erfolg der Ausrüstung glauben.

Der französische Kohlenüberfluss.

Heuerschichten im Saarbergbau.

Als Ersatz für die Verluste der Kohlengruben in Nordfrankreich hat Deutschland im Friedensvertrag die Kohlengruben im Saargebiet mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich abtreten müssen. Frankreich hat sich jedoch herausgestellt, dass Frankreich für die Saarkohlen keinerlei Verwendung hat. Durch die Lieferungen der deutschen Reparationskohlen ist Frankreich so übersättigt mit Kohlen, dass es heute von der englischen und auch von der Saarkohle unabhängig ist. Tausende Tonnen werden auf den Kohlenzügen im Saargebiet angehäuft, ohne dass die Franzosen in der Lage wären, diese Kohlemengen abzutransportieren und im eigenen Lande abzusehen.

Die Folge davon ist eine schwere wirtschaftliche Krise im Saarbergbau. Wegen Absatzmangel musste am 12. Februar schon die vierte Heuerschicht, die dritte im Februar, eingelebt werden. Die freie- und christlich organisierten Saarbergleute haben in zahlreichen Versammlungen zu der Lage Stellung genommen und die französischen Bergwerksdirektoren mit allem Ernst erjucht, sich dafür einzusehen, dass in Frankreich für die Kohlen der französischen Saargruben genügender Absatz geschaffen wird. Die Saarbergarbeiterchaft kann es nicht verstehen, dass Deutschland monatlich über 2 000 000 Tonnen von Ruhrkohle, die die deutsche Volkswirtschaft sehr benötigt, an die Engländer abliefern soll, während auf den Halden der Saargruben kein Platz mehr zum Aufschütten der Kohlen vorhanden ist.

Die Resolution fordert ferner ein Zusammensehen mit dem Deutschen Bergarbeiterverband, um bei dem Bureau des Internationales Bergarbeiterverbands in Amsterdam ein gemeinsames Borgehen der Bergarbeiter der angeschlossenen Länder zu erreichen, dass ein Teil der zu liefernden Ruhrkohle in Deutschland verbleibt, um so für die Saarkohle Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Ferner fordert die Resolution die Freigabe der Kohlenbelieferung an die Bevölkerung, die Einschränkung der Heuerschichten und die Erfüllung des daraus entstandenen Lohnaufsatzes.

Neue Kohlenverhandlungen in Paris.

„Temps“ teilt mit, dass am 1. März eine Beratung der Reparationskommission mit deutschen Kohlenabsatzverträgen stattfinden wird, um das Lieferungsprogramm für den Monat April zu bestimmen. Für die Monate Februar und März bleibe es bei den vorgefehlten Lieferungen von je 2 200 000 Tonnen plus 250 000 Tonnen Rückstände.

Der Kohlenhunger Frankreichs ist und bleibt unverlässlich.

Vollwirtschaftliches.

■ Berlin, 15. Februar. (Worte.) New York meldete eine Erhöhung des Marktnotenfurses, und hier schreibt darüber die Spekulation zu Dollaransätzen. Es vollzog sich insgesamt eine Befestigung auch auf den Gebieten der führenden Spekulationswerte, die allerdings in ziemlich engen Grenzen blieb. Das Zwanzigsmarkstück in Gold stieg auf 236 bis 240 Mark.

Epizentrum.

Roman von Paul Hinden.

(16. Februar 1921)

Ulrich verliebte sich in das reizende Kind mit voller reiner Leidenschaft.

Er liebte zum erstenmal, wie es ihm jetzt erst bewusst wurde. Es fiel ihm wie Schuppen von den Augen. Jetzt erst, da die Liebe sein Herz durchglühte, die wahre, die einzige — jetzt erst erkannte er, dass er sich über die

Natur seiner seelischen Neigungen vollkommen getäuscht hatte — auch jener einen, die ihm die teuerste und, vor der Welt tief verborgen, sein beglückendes Geheimnis geblieben war. Unwillkürlich hatte er vor sich und jener anderen doch ein bisschen Komödie gespielt, hatte weniger gegeben, als vielmehr dankbar erwidert und sich zur Rechtfertigung seiner Handlungen gedrungen gefühlt, seine Empfindungen zur Liebe aufzubauen.

Ulrich und immer Ulrich, und nur Ulrich!

Er dachte nur an sie, er fühlte nur für sie, es trieb ihn gewaltig in ihre Nähe; war er nicht bei ihr, hörte er ihre Stimme nicht, konnte er sie nicht in das unergründliche, strahlende blaue Auge sehen, dann fehlte ihm das Beste, dann war es öde und triste um ihn, und ein mächtig treibendes Verlangen, eine unabdingliche Unruhe arbeitete in ihm. Und sie schien von alledem nichts zu ahnen, sie war im Verkehr mit ihm harmlos, unbeschwert, reizend — ja bezaubernd. Aber so war sie wohl auch mit anderen?

Er hoffte es halb und halb, aber er wagte es kaum zu glauben. Und sie war noch so jung, so vollkommen unerfahren, sah noch ein Kind! Er durfte die Erinnerungslöse nicht überfallen mit dem überlegenen Stolzzeug seiner Erfahrungen, seiner Gewandtheit. Sonst hätte er ihr längst alles gesagt!

Er freute sich nun darüber, dass man ihm freilich wegen seines flatterhaften Sinnes, wegen seiner Unschuld, wahrhaft zu leben, bittete Vorwürfe gemacht, die er damals zwar als beleidigend empfunden, aber doch ohne ernsteren Widerspruch über sich hatte ergehen lassen.

Die tölpeligen, genussrohen Tage von Scheveningen nelgten ihrem Ende zu; das böse Wort der Abreise war schon ausgesprochen. Da sah sie sich Fürst Ulrich, während er eines Abends am Strand neben der Fürstin Karola einher schlenderte, und Ulrich in Begleitung ihres Vaters in größerer Gesellschaft vor ihnen herging, plötzlich ein Herz und sagte ohne alle Vorbereitung, sich selbst überraschend:

„Ich bin meiner Sache ganz sicher, Fürstin! Ich liebe Ihre Tochter. Gestatten Sie mir, dass ich es nicht mehr vor Ihnen verberge und zu erfahren suche, ob mich Prinzessin Ulrich ein wenig liebt und sich entschließen könnte, meine Frau zu werden.“

Die Fürstin blieb betroffen stehen. Sie hatte natürlich sehr wohl bemerkt, dass die beiden jungen Deutschen miteinander schwärmten, dass Fürst Ulrich sich in galanter Weise um ihre Tochter bemühte. Aber bei der Jugend ihrer Ulrich, die in den Augen der jungen Prinzessin kleinen Antrittskräfte, die sie für die üblichen freundlichen Wirkungen einer jeden Verabredung hielt, gar keine ernsthafte Bedeutung beigelegt. Dass man jetzt schon daran denken könne, ihre Ulrich zu heiraten, hatte sie für unmöglich gehalten.

Sie blickte den Fürst prahlend an und lächelte.

„Bin ich denn schon so alt?“ war ihr erster unwillkürlicher Ausdruck des Erstaunens. „Ich soll eine Tochter haben, die man allen Ernstes betraten will!“

„Rein, mein Fürst, das dürfen Sie mir nicht antun!“ Sie reichte ihm, noch immer lächelnd, ihre schmale Hand, die Ulrich an seine Lippen führte. Sie war im ersten Augenblick noch nicht imstande, die volle Bedeutung von Ulrichs Worten zu fassen; sie hatte nur das unbewusste Gefühl, dass sie als Mutter und Gattin allen Grund habe, davon beglückt zu sein. Und dieses Gefühl des Beglücktheins beherzte sie, als sie fortfuhr:

„Ehrhaft geprochen: Ulrich ist noch zu jung! Bedenken Sie doch, das Kind ist eben sechzehn Jahre alt geworden. Sie hat noch nichts von der Welt gesehen, aber wirklich nichts! Ich glaube, Sie hat Ihre Puppen mit eingepackt. Sie würde Sie wohl kaum verstehen. Berühren Sie das junge Ding nicht, lieber Fürst! Seien Sie der Bernünftigste, ich bitte Sie herzlich darum! Dass wir Sie lieb haben, mein Mann und ich, das haben Sie wohl schon bemerkt, und wenn es Ihnen bisher entgangen ist, so sage ich's Ihnen jetzt, als Antwort auf Ihre Frage. Ja, wir haben Sie sehr lieb, und nun tun Sie auch uns etwas zuliebe! Werden Sie nicht ungeduldig! Warten Sie — es braucht nicht lange zu sein! Warten Sie nur bis zum Winter, wir gehen nach Berlin, da sehen wir uns gewiss wieder, und dann können wir vor der Sache wieder sprechen, viel besser als jetzt und hier!“

„Als zum Winter!“ rief Ulrich. „Das ist noch lange hin! Wer weiß, was inzwischen alles geschieht. Bis dahin hat Prinzessin Ulrich mich vielleicht schon ganz vergessen.“

„Ich bürge Ihnen für das Gegenteil!“ erwiderte die Mutter. „Lassen Sie das nur meine Sorge sein!“

„Aber Sie gestatten mir doch wenigstens, dass ich von Zeit zu Zeit ein Lebenszeichen von mir gebe und mich danach erfährt, wie es Ihnen geht.“

„Ich bitte Sie darum!“

„Und Sie werden nicht ungehalten sein, wenn ich Sie oft mit meinen Briefen quäle und Sie oft um Antwort bitte?“

„Schreiben Sie, so oft Sie können! Wir werden Ihnen keine Antwort schuldig bleiben. Wir können uns ja ablösen, mein Mann und ich — und Ulrich.“

„Ich danke Ihnen herzlich!“ sagte Ulrich warm und lächelte wiederum Karolas Hand.

„Aber Sie versprechen mir dagegen, dass die Sache einstweilen unter uns bleibt, dass Sie Ulrich nicht das Bergsteigen merken lassen, — junge Mädchen sind erschreckend klug!“

„Ich verspreche es Ihnen!“

Und er hielt sein Wort. Er verlebte mit Ulrich gerade wie früher, er ging nicht einen Schritt weiter, im Gegenteil, er beobachtete sich sogar schärfer als zuvor und hielt sich starr im Bild. Und dennoch merkte das wirklich erschreckend kluge Kind, dass sich legend etwas Wichtiges, das auch sie betrifft, und sie sogar hauptsächlich, zwischen Ulrich und ihrer Mutter ereignete hatte. Sie war darüber sehr glücklich, sie wusste selbst nicht, warum.

Und natürlich wusste sie es.

(Fortsetzung folgt)

Sport und Verkehr.

■ Die 5. deutsche Meisterschaft im Schreiberhau wurde von Willi Adolf Schreiberhau in 8:41 gegen deutsche, böhmische und Schweizer Konkurrenz gewonnen.

